



MONATSSPIEGEL

Die Zeitung der Erlanger SPD

Ausgabe März 2026



Foto: Deutscher Bundestag / Joerg Carstensen / photothek

FRAUEN AN DIE MACHT – MIT EINEM PARITÄTISCHEN WAHLRECHT

VON CARMEN WEGGE

Am 8. März ist in Bayern nicht nur der Tag der Kommunalwahlen, es ist auch Internationaler Frauentag. Seit 1911 erinnern Frauen weltweit daran, dass Rechte nie einfach geschenkt werden, sondern erkämpft werden müssen. Denn von echter Gleichberechtigung sind wir, vor allem auch in der Politik, immer noch weit entfernt.

Frauen stellen in Deutschland 50,6 Prozent der Bevölkerung. Im Deutschen Bundestag sitzen aktuell nur 32,4 Prozent Frauen, im Bayerischen Landtag sogar nur 25,1 Prozent. In vielen Stadt- und Gemeinderäten, in Kreistagen und Rathäusern ist das Bild noch düsterer. Männer dominieren die Sitze, die Ausschüsse und vor allem die entscheidenden Positionen. Das ist kein Randphänomen, sondern ein strukturelles Demokratiedefizit. Die Hälfte der Bevölkerung ist in den politischen Entscheidungsorganen systematisch unterrepräsentiert.



Bundesvorsitzende der SPD-Frauen.
Foto: Anna Voelske

Genau deshalb brauchen wir ein paritätisches Wahlrecht für den Deutschen Bundestag. Die Idee dahinter ist einfach. Frauen und Männer sollen in unseren Parlamenten grund-

sätzlich zu gleichen Teilen vertreten sein. Parteien sollen im Wahlrecht verpflichtet werden, ihre Listen so aufzustellen, dass sich dies widerspiegelt, etwa durch abwechselnde Platzierung von Frauen und Männern auf den Landeslisten und faire Chancen für Direktkandidaturen. Es geht dabei nicht um Bevorzugung, sondern um das Durchsetzen dessen, was das Grundgesetz längst verspricht. Gleichberechtigung und gleiche Chancen auf politische Teilhabe.

Auch 100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts und über 30 Jahre nach der Ergänzung des Artikels 3 Absatz 2 des Grundgesetzes durch den Satz „Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin“ sind

>> Seite 3

TERMINE

02.03.	19:00	Fraktionssitzung der SPD-Stadtratsfraktion	Rathaus, Konferenzraum 14. OG	S. 11
09.03.	19:30	Fraktionssitzung der SPD-Stadtratsfraktion	Rathaus, Konferenzraum 14. OG	S. 11
11.03.	15:00	Sitzung der AG60+	Café Rot, Hauptstr. 56	S. 19
11.03.	20:00	Distrikt Innenstadt: Distriktssitzung	Café Rot, Hauptstr. 56	S. 18
16.03.	19:00	Fraktionssitzung der SPD-Stadtratsfraktion	Rathaus, Konferenzraum 14. OG	S. 11
18.03.	19:30	Distrikt Tennenlohe: Distriktssitzung	Gaststätte „Zum Schloss“, Schlossgasse 7	S. 17
23.03.		Redaktionsschluss Monatsspiegel		S. 4
23.03.	18:00	Fraktionssitzung der SPD-Stadtratsfraktion	Rathaus, Konferenzraum 14. OG	S. 11
23.03.	20:00	Konstituierende Fraktionssitzung	Rathaus, Konferenzraum 14. OG	S. 11
24.03.	20:00	Kreismitgliederversammlung	Thalermühle (Nebenraum) Thalermühle 1	S. 5
23.02.	19:00	Fraktionssitzung der SPD-Stadtratsfraktion	Rathaus, Konferenzraum 14. OG	S. 11
25.03.	20:00	Distrikt West: Distriktssitzung	AWO-Stadtteilcafé 56nord, Büchenbacher Anlage 27a	S. 18
31.03.	19:00	Distrikt Ost: Distriktssitzung	Brückenpaulus „Pizzeria Romano“, Schronfeld 74	S. 18

Frauen in deutschen Parlamenten weiterhin stark unterrepräsentiert.

Diese Unterrepräsentation resultiert unter anderem aus den parteiinternen Nominierungsverfahren der Kandidat*innen auf den Landeslisten. Parteien stellen Frauen unzureichend als Kandidatinnen auf, vor allem auf aussichtsreichen Listenplätzen, sodass die den Wähler*innen zur Auswahl stehenden Listen bereits männerdominiert sind.

Interne Quoten auf den Landeslisten mancher Parteien haben zwar bei diesen Parteien Erfolge erzielt und zu einer Steigerung der Frauenanteile in den jeweiligen Fraktionen geführt, doch vor allem Parteien ohne solche eigenen Quotenregelungen schicken überwiegend Männer in den Bundestag und haben einen geringeren Frauenanteil in ihren Fraktionen. So lag der Frauenanteil im Bundestag vor Einführung der ersten parteiinternen Quotenregelungen 1986/1987 noch bei unter 10 Prozent und stieg erst in den darauffolgenden Jahrzehnten stetig an. Freiwillige Selbstverpflichtungen schaffen keine echte Chancengleichheit und scheitern an mangelnder Verbindlichkeit.

Die Direktmandate in den Wahlkreisen verstärken die Unterreprä-

sentation von Frauen im Deutschen Bundestag zusätzlich, da Parteien dort noch weniger Frauen als Wahlkreis kandidatinnen aufstellen als auf den Landeslisten. Bei der Bundestagswahl 2025 bewarben sich in 299 Wahlkreisen 2.665 Personen um Direktmandate, davon nur 712 Frauen (26,7 Prozent).

Nominierungsverfahren und parteiinterne Strukturen stellen für Frauen bei der Kandidatur erhebliche Hürden dar, da männlich dominierte Netzwerke und informelle Machtkreise in den Parteien etablierte Kandidaten (meist Männer) auf aussichtsreiche Listenplätze oder Wahlkreise vorziehen, während Frauen oft auf hintere Positionen oder unsichere Wahlkreise verwiesen werden. Vereinbarkeitsprobleme von Familie und Beruf erschweren zudem die Nominierung auf aussichtsreichen Listenplätzen oder in Wahlkreisen, da der politische Alltag mit zahlreichen Abend- und Wochenendterminen, Reisen und unvorhersehbaren Sitzungen einhergeht. Das betrifft Frauen besonders stark, denn Frauen wenden pro Tag im Durchschnitt 43,4 Prozent mehr Zeit für Sorgearbeit wie Kindererziehung, Pflege von Angehörigen, Hausarbeit und Ehrenamt auf als Männer. Hinzu kommen Sexismus, Vorurteile und Anfeindungen, etwa durch Hass-

kommentare online, die Frauen häufiger betreffen, sie entmutigen und sie in der Folge häufiger als Männer aus der Politik drängen.

Der anhaltende Mangel an weiblicher Repräsentation im Bundestag führt zu einer durch männliche Perspektiven dominierten Politik, die frauenspezifische Perspektiven und Realitäten nicht ausreichend berücksichtigt und strukturelle Nachteile verstetigt. Ohne eine gesetzliche Paritätsregelung für das Bundeswahlrecht bleibt die Unterrepräsentation bestehen.

Das heißt nicht, dass mit Parität im Wahlrecht über Nacht alle Probleme der Gleichstellung gelöst wären. Aber wir wissen aus anderen Ländern und von Parteien mit internen Quoten: Wo Parität und verbindliche Regeln greifen, steigt der Frauenanteil deutlich, werden Debatten vielfältiger und Politik orientiert sich stärker an der Lebenswirklichkeit aller Menschen, nicht nur an der von Männern in Machtpositionen.

Der 8. März ist deshalb auch ein politischer Auftrag. Mit Blick auf die Kommunalwahl mit der Botschaft „Frauen wählen Frauen!“. Und der Internationale Frauentag sollte uns in diesem Jahr besonders daran erinnern: Keine Wahlrechtsreform ohne Parität!



*Carmen Wegge war am 10. Februar auch zu Gast in Erlangen.
Foto: Stefan Brix*



**WIR GRATULIEREN* ZUM GEBURTSTAG &
WÜNSCHEN EUCH FÜR EUER NÄCHSTES
LEBENSJAHR ALLES GUTE!**

*Den Mitgliedern unserer Partei gratulieren wir zum 50., 60. & 65. Geburtstag sowie ab dem 70. Lebensjahr im Monatsspiegel

04.03. Reinhilt Häusler
82 Jahre

04.03. Kurt Bruns
83 Jahre

05.03. Bernhard Stehle
75 Jahre

10.03. Klaus Lechner
76 Jahre

16.03. Anke Peters
83 Jahre

22.03. Rainer Böhm
79 Jahre

22.03. Wilhelm Frank
75 Jahre

23.03. Uwe Nagel
83 Jahre

23.03. Wolfgang Eichhorn
74 Jahre

25.03. Anni Ramming
88 Jahre

25.03. Roland König
75 Jahre

26.03. Walter Lang
78 Jahre

27.03. Evelyne Sauerbeck
87 Jahre

26.02. Magdalena Zoglauer
75 Jahre

29.03. Hans-Werner Kügel
70 Jahre

REDAKTIONSSCHLUSS

für den nächsten
Monatsspiegel
April 2026

23. März 2026

EINLADUNG ZUR KREISMITGLIEDERVERSAMMLUNG

Liebe Genossinnen und Genossen,

Wir laden Euch herzlich ein zu unserer Kreismitgliederversammlung

**am Dienstag, 24. März 2026 um 20:00 Uhr,
in der Thalmühle (Nebenraum),
Thalmühle 1, 91054 Erlangen.**

Die Tagesordnung schlagen wir Euch wie folgt vor:

1. Aktuelles
2. Kommunalwahl 2026
 - Vorstellung der Ergebnisse
 - Vorstellung der neuen Fraktionsmitglieder
 - Rückblick auf den Wahlkampf
 - Aussprache
3. Sonstiges

Wir freuen uns auf euer Kommen!

Solidarische Grüße

Sandra Radue

Munib Agha

KONTAKT

SPD-Kreisverband Erlangen-Stadt
Vorsitzende:
Munib Agha & Sandra Radue

Geschäftsführer:
Dr. Clemens Heydenreich
Friedrich-List-Str. 5
91054 Erlangen

Telefon: 09131 812 65-22
Telefax: 09131 812 65-13
Mail: buero@spd-erlangen.de
Internet: spd-erlangen.de

Bankverbindung:
Sparkasse Erlangen
IBAN DE22 7635 0000 0000 0120 05

Bürozeiten:
Mo 13:00 - 15:30 Uhr
Di 9:00 - 12:00 Uhr
Mi geschlossen
Do 10:00 - 13:00 Uhr
Fr geschlossen

SPD-Stadtratsfraktion Erlangen
Vorsitzender:
Dr. Philipp Dees

Geschäftsführerin:
Katja Rabold-Knitter
Rathausplatz 1
91052 Erlangen

Telefon: 09131 86-2225

Mail:
spd.fraktion@stadt.erlangen.de

Telefonische Erreichbarkeit:
Mo 11:00 - 13:00 Uhr
Di 11:00 - 13:00 Uhr
Do 11:00 - 13:00 Uhr

Sprechzeiten nach Vereinbarung

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Kreisverband Erlangen,
Friedrich-List-Str. 5
91054 Erlangen
monatsspiegel@spd-erlangen.de

Redaktion und Mitarbeit:
Christian Stiegler (cs, presserechtlicher
Verantwortlicher, Anschrift wie oben),
Sandra Radue (sr)

Mitarbeit bei dieser Ausgabe:
Munib Agha, Gerhard Carl, Monika
Fath-Kelling, Dr. Dietmar Hahlweg,
Gabriela Heinrich, Clemens Hey-
denreich, Katrin Hurle, Felix Klingert,
Katja Rabold-Knitter, Sandra Radue,
Andreas Richter, Rolf Schowalter,
Christian Stiegler, Felizitas Traub-Eich-
horn, Carmen Wegge

Druck:
Onlineprinters GmbH, Fürth

Auflage:
500 Stück

NACHRUF AUF WOLFGANG VON RIMSCHA

VON ALT-OBERBÜRGERMEISTER
DR. DIETMAR HAHLWEG

Wolfgang von Rimscha,
Theatermacher und Spitzenjurist

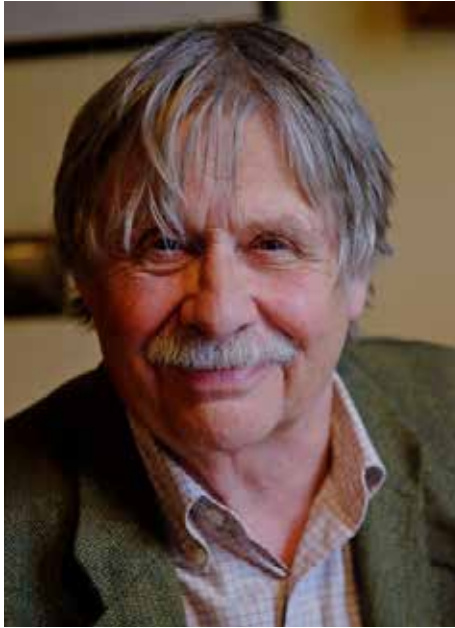
Unser Parteimitglied Wolfgang von Rimscha ist am 18. Januar 2026 mit 87 Jahren verstorben. Stadt und Partei sind ihm zu großem Dank verpflichtet. Schon als Jurastudent hatte er in eingeweihten Kreisen einen Namen, nämlich den des Theatermachers. Er war engagiertes Mitglied der damaligen Studiobühne, die seit 1949 fast 20 Jahre lang die Internationalen Theaterwochen organisierte, mit jeweils Theatergruppen aus ganz Europa und deshalb durchaus von Europäischer Bedeutung.

Über viele Jahre wirkte Wolfgang von Rimscha bei Programm und Organisation maßgeblich mit. Dies auch als Regisseur. 1962 inszenierte er das Stück, „Die Liebenden in der U-Bahn“ und brachte damit, wie man nachlesen kann, ein „Kernstück absurden Theaters“ an die Studiobühne. Ja und er trat sogar als Schauspieler auf. Dies 1965 zusammen mit seiner Frau Gisela in der berühmten Peymann Inszenierung des Stückes Straßenecke von Hans Henny Jahn.

Die Tradition der Internationalen Theaterwochen fand mit den Studentenunruhen im Jahr 1968 leider ihr Ende. Wolfgang von Rimscha war aber dann Jahre später ab 1991 wieder erfahrener Berater bei der Gründung des ebenfalls von Studenten organisierten Arena Festivals, das vergangenes Jahr zu 35. Mal stattfand.

Davor hatte der zeitlebens dem Theater verbundene Wolfgang von Rimscha 1975 den „Verein der Freunde und Förderer des Theaters in der Garage“ gegründet. Zunächst war der nur als juristischer Träger des dem Theater benachbarten Theatercafes gedacht. Schnell aber wurde der Verein zum einflussreichen Akteur in der Erlanger Theaterszene – und ist es bis heute geblieben.

Wolfgang von Rimscha war es dann auch, der in seiner ruhigen und dabei so kompetenten Art mithalf, die erheblichen Meinungsverschiedenheiten mit dem Gemeinnützigen Ver-



ein über die Zuständigkeiten für den Theaterbetrieb im Markgrafen Theater zu entschärfen und schließlich zu beenden.

Vor etwas mehr als 10 Jahren, hat Wolfgang von Rimscha einen umfangreichen Essay für die Dokumentation „Sozialdemokratie in Erlangen 1972 – 1996“ verfasst.

Thema „Das Erlanger Theater 1974 – 1996“. Mit viel Insiderwissen schildert er darin die dramatische, aber am Schluss sehr positive Entwicklung. Mit der ihm eigenen Bescheidenheit lässt er dabei unerwähnt, welche wichtige Rolle er als „Der Theaterfachmann in Erlangen“, bei alledem gespielt hat.“

Vom Theatermann zum Juristen und Rechtsamtsleiter

Es war für die Stadt Erlangen ein Glück, dass sie den promovierten Juristen Wolfgang von Rimscha mit seinem erwähnt breiten kulturellen Hintergrund 1974 für die Mitarbeit im Rechtsamt gewinnen konnten, dessen Leitung er 1978 übernahm.

Mit dem zuständigen Referenten, dem ehemaligen Landgerichtsrat Dr. Dietmar Habermeier, bildete er ein tolles Team. Beiden ging es nicht darum, die rechtlichen Grenzen fortschrittlichen Verwaltungshandelns aufzuzeigen, sondern dieses fortschrittliche Verwaltungshandeln rechtlich möglich zu machen.

Dazu wenige Beispiele:

So wagte es Erlangen, Fahrradfahrer in Einbahnstraßen auch in Gegenrichtung fahren zu lassen – heute Standard – und es plädierte dafür, die Geschwindigkeit auf der vierspurigen A 73 aus Lärmschutzgründen auf 80 km/h zu begrenzen – heute voll legalisiert.

Hier schaffte es Wolfgang von Rimscha mit seiner überzeugenden Kompetenz und verbindlichen Verhandlungsart, die zuständigen Behörden für Versuche zu sensibilisieren und zu gewinnen.

Ihm ist es auch wesentlich zu verdanken, dass Erlangen die Erweiterungsflächen im Stadt-Westen als Entwicklungsgebiet ausweisen konnte. Das hatte zur Folge, dass die Stadt Privatgrundstücke zu einem begrenzt hohen Preis ankaufen konnte. Den Eigentümern gefiel das natürlich nicht. Sie klagten in München. Aber das Rechtsamt mit Wolfgang von Rimscha an der Spitze gewannen alle diese Verfahren.

Auch in einem weiteren Fall trug das große Verhandlungsgeschick von Wolfgang von Rimscha reiche Früchte. Es gelang der Stadt, das von den Amerikanern freigemachte US-Gelände vom Bund direkt zu erwerben – und das zu einem fairen Preis. Die teure Erschließung ließ sich dann mit den Verkaufserlösen gut finanzieren. Aus alledem folgt, wie groß die Verdienste sind, die sich Wolfgang von Rimscha um Erlangen erworben hat und wieviel Dank wir ihm dafür schulden.

Wenn man sich fragt, warum Wolfgang von Rimscha sowohl als engagierter Mitbürger als auch als leitender Jurist im Rathaus so große und dauerhafte Erfolge erzielen konnte, dann ist es zum einen seine große Fachkompetenz.

Zum anderen aber ist es seine ruhige, selbstbewusste, dem Anderen zugewandte, umgängliche Art. Das machte ihn zu einem so geschätzten und beliebten Mitmenschen. Auch ich fühlte mich ihm kollegial und menschlich immer sehr eng verbunden.

Wir alle gedenken seiner in großer Dankbarkeit und Wertschätzung.

SPD SCHIEBT STADTTEILSCHULE BÜCHENBACH-NORD WEITER AN

Die SPD-Fraktion hat in einem Antrag zum Haushaltsstadtrat gefordert, das Projekt „Stadtteilschule Büchenbach-Nord“ voranzutreiben. Sollten Mittel aus der Investitionszuschusschale des Bundes frei werden, soll der Architektenwettbewerb als nächster Planungsschritt ausgelobt werden. Dies soll ermöglichen, aus der nächsten Tranche des Sondervermögens den Bau der Stadtteilschule zu beginnen. In der aktuellen, im Haushaltstadtrat beschlossenen Tranche war dies nicht möglich, weil die Planungen noch nicht weit genug fortgeschritten sind.

Die Stadtteilschule umfasst die Grundschule Mönaschule sowie die Hermann-Hedenus-Mittelschule. Letztere soll dabei auf dem Standort Mönaschule zusammengeführt werden, die bisherige Aufteilung zwischen Alterlangen und Büchenbach also enden. Entstehen soll dabei eine Schule mit moderner Lernumgebung, die neben Räumen für den Schulbetrieb auch Platz für Angebote der Jugend- und Familienarbeit und vergleichbare Einrichtung hat und damit über die rein schulische Funktion weiter in den Stadtteil wirkt. Entwickelt wurde das Konzept in einem Dialogprozess mit den Schulfamilien von Mönaschule und Hermann-Hedenus-Mittelschule.

„Für die Zukunft unserer Stadt, unserer Gesellschaft ist zentral, dass gerade die Kinder optimale Lern- und Lehrbedingungen vorfinden, die bei ihrem Lernprozess nicht auf die Unterstützung ihres Elternhauses oder bezahlte Nachhilfe bauen können“, begründet SPD-Bildungssprecherin Sandra Radue den Antrag: „Genau dafür steht das Vorhaben Stadtteilschule Büchenbach-Nord. Und deshalb ist es uns wichtig: Auch wenn wir sie jetzt nicht im Investitionsprogramm verankern können, muss die Stadtteilschule so weit voran-

gebracht werden, dass wir aus den nächsten Tranchen des Sondervermögens zumindest einen Bauabschnitt angehen können.“

Die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Barbara Pfister, die auch Vorsitzende des Bildungsausschusses ist, weist darauf hin, dass die Stadtteilschule Büchenbach-Nord auch neue Perspektiven für den Schulstandort Alterlangen ermöglicht: „Dort gibt es derzeit vor allem an der Hermann-Hedenus-Grundschule Probleme, den Ganztag weiter auszubauen. Mit dem Umzug der Hermann-Hedenus-Mittelschule werden in Alterlangen Räume frei, die dann dafür genutzt werden können. Gleichzeitig gäbe es auch Raumreserven für die Realschule am Europakanal und das Albert-Schweitzer-Gymnasium.“

Philipp Dees, SPD-Fraktionsvorsitzender, Büchenbacher und selbst ehemaliger Schüler der Mönaschule ergänzt die Bedeutung der Stadtteilschule für Büchenbach-Nord: „Es geht nicht nur um Sanierung und Erweiterung der Schule. Sondern es soll ein Ort entstehen, der in den Stadtteil wirkt, mit pädagogischen Angeboten wie Jugend- und Familienarbeit, mit Angeboten der VHS oder der Jugendkunstschule. Damit wirkt die Stadtteilschule weit über die Schüler*innen hinaus auch auf deren Familien, auf das Umfeld und den ganzen Stadtteil. Sie ist damit ein Kern für mehr Zusammenhalt in dem teils schwierigen Stadtteil Büchenbach-Nord.“

WIE ES ZUR HAUSHALTSMEHRHEIT KAM

Eigentlich hatten SPD und CSU vereinbart, in der Stadtratsperiode 2020 bis 2026 miteinander zu kooperieren und insbesondere die Haushalte der Stadt jeweils gemeinsam zu entwickeln und zu beschließen.

Im Februar 2025 hat die CSU allerdings diese Kooperationsver-

einbarung aufgekündigt. Der offizielle Grund war, dass der Oberbürgermeister das gemeinsame Abstimmen von Union, FDP und AfD im Bundestag mit deutlichen Worten kritisiert hatte. Obwohl sich diese Kritik nie auf die Erlanger CSU bezog, nahm diese die Kritik zum Anlass, ihren Ausstieg zu erklären.

Damit war klar, dass für den Haushalt 2026 eine Mehrheit gesucht werden musste. Gleichzeitig hat sich der Stadtrat das ganze Jahr 2025 mit Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung befasst, der großen Entscheidung zum Haushaltskonsolidierungskonzept im April 2025 wie auch mit vielen weiteren, kleineren Beschlüssen. Dabei hat sich herauskristallisiert, dass SPD, Grüne und ödp an vielen Stellen ähnliche Vorstellungen hatten, wie der Haushalt zu konsolidieren sei: Nämlich so, dass Strukturen in der Stadt nicht gefährdet werden und wichtige Zukunftsinvestitionen möglich bleiben.

Zuletzt hatte sich diese Übereinstimmung zwischen SPD, Grünen und der Mehrheit der ödp gezeigt beim Beschluss, durch eine Anpassung der Grundsteuer auf die bis 2019 geltende Höhe Spielräume zum Erhalt wichtiger Strukturen in der Stadt zu schaffen; die Mehrheit dafür schloss die Klimaliste und die Einzelstadträtin Susanne Lender-Cassens ein, während ödp-Stadträtin Barbara Grille bei diesem Punkt nicht zustimmte.

Aus dieser festgestellten Übereinstimmung ergab sich dann, dass vor allem auch diese Parteien miteinander besprochen haben, ob auch ein gemeinsamer Haushaltsbeschluss möglich ist. CSU, FDP und FWG haben dagegen im Herbst 2025 sehr nachdrücklich deutlich gemacht, dass für sie eine Haushaltszustimmung nur in Frage kommen würde, wenn insbesondere die Stadt-Umland-Bahn gestoppt werde. Das kam für die SPD aber nicht in Frage.

Natürlich haben alle an der Mehrheitsfindung beteiligten Partei-

en für sich auch überlegt, wie sich Kompromisse so kurz vor der Kommunalwahl auf ihre Profilierung auswirken. Während die Klimaliste sich entschieden hat, dem Haushalt nicht zustimmen zu wollen, kam ödp-Stadträtin Barbara Grille schließlich zu dem Entschluss, mit ihren Fraktionskolleg*innen gemeinsam zuzustimmen – womit die Mehrheit stand. Weil der Prozess neu war und sich natürlich erst auch das Vertrauen zueinander finden und Kompromisse gesucht werden mussten, hat es dabei länger als in den Vorjahren mit fester Mehrheit gedauert, ein Haushaltspaket zu schüren. Das ist in einem Gremium ohne feste Mehrheit und so kurz vor einer Wahl aber keineswegs ungewöhnlich.

Ziel der SPD war es in den Gesprächen immer, möglichst zum Jahresanfang einen Haushalt zu beschließen und diesen nicht auf nach der Kommunalwahl zu vertagen. Genau dies war aber das letzte Angebot von CSU, FDP und FW: Nach der Wahl könne man sich eine Haushaltszustimmung vorstellen, aber vor der Wahl wolle man das nicht.

Dass es gelungen ist, eine Mehrheit für den Haushalt zu gewinnen, zeigt: Es gibt in diesem Stadtrat eine Mehrheit, der Kompromissfindung wichtiger ist als parteitaktische Interessen – und unser Oberbürgermeister Florian Janik kann sie organisieren und anführen.

SPD SETZT SICH FÜR ERLANGER STARTCHANCEN-SCHULEN EIN

Sieben Schulen in Erlangen werden aus dem von der Ampel-Bundesregierung aufgelegten Startchancenprogramm gefördert: Mönaschule, Hermann-Hedenus-Grundschule, Grundschule Büchenbach, Pestalozzischule, Otfried-Preußler-Schule, Hermann-Hedenus-Mittelschule sowie die Berufsschule.

Auf Antrag der SPD-Fraktion wurde nun im Bildungsausschuss zur Um-

setzung der „Säule I“ des Programms berichtet. Diese Mittel für Investitionen „in zeitgemäße und förderliche Lernumgebung“ fließen nicht direkt an die Schulen, sondern müssen von der Stadt, beantragt werden.

Der Bericht zeigte: Obwohl das Startchancen-Programm schon 2024 gestartet wurde, ist zur Umsetzung der Säule I noch vieles offen. Denn die Förderrichtlinie zur Mittelverwendung wurde vom Freistaat mit deutlicher Verzögerung im Dezember 2025 veröffentlicht, und dabei bleiben einige wichtige Punkte unklar. Insbesondere bleibt bis nach dem Antragsschluss im Juli 2029 offen, ob der Eigenanteil Erlangens von 30 auf 10 Prozent reduziert wird – und wie viele Mittel überhaupt in unsere Stadt fließen.

Bei der SPD stieß dies auf deutliche Kritik: „Das Startchancen-Programm ist dafür gedacht, für Schulen mit Kindern, die ganz besonders auf beste Lern- und Lehrbedingungen angewiesen sind, schnell umgesetzt zu werden“, erläuterte der SPD-Fraktionsvorsitzende Philipp Dees: „Der Freistaat hat das Programm aber schon durch einen verzögerten Start verschleppt – anders als in anderen Bundesländern wurden die meisten Schulen erst 2025 und nicht schon 2024 in die Förderung aufgenommen – und nun durch die spät erlassene Förderrichtlinie weiter verzögert. Es kann jetzt nicht sein, dass die Schulen noch bis Mitte 2029 warten müssen, bis investiert werden kann. Wir brauchen schnell Klarheit, welche Mittel wann für Erlangen zur Verfügung stehen und welchen Eigenanteil die Stadt aufbringen muss.“ Zudem müssen aufgrund des Eigentanteils auch die Investitionen in die Startchancen-Schulen von der Regierung genehmigt werden „Es wäre Skandal: Bund und Land fördern Investitionen in die Schulen, und dann werden diese aus haushaltsrechtlicher Prinzipienreiterei untersagt“, warnt Philipp Dees: „Wir brauchen hier schnell eine Klarstellung Regierung von Mittelfranken oder der bayerischen Staatsregierung, dass diese Investitionen freigegeben werden.“

Auf Zuspruch der SPD stößt das Vorgehen der Stadtverwaltung, von Oberbürgermeister Dr. Florian Janik, Bildungsreferentin Anke Steinert-Neuwirth und Schulverwaltungsamt, bei dieser Thematik: „Es ist gut, dass die Verwaltung jetzt, wo endlich die Förderrichtlinien vorliegen, in Gespräche mit den Startchancen-Schulen geht, wie dort jeweils investiert werden soll“, so die Bildungsausschuss-Vorsitzende Barbara Pfister: „Und genauso begrüßen wir, dass sich insbesondere Oberbürgermeister und Bildungsreferentin sowohl in direkten Kontakten zur Regierung von Mittelfranken und der Staatsregierung als auch über den bayerischen Städtetag dafür einsetzen, die offenen Fragen zu klären, damit schnellstmöglich mit den Investitionen begonnen werden kann. Denn es kann nicht sein, dass womöglich eine ganze Generation an Schüler*innen nicht von der für sie gedachten Förderung profitiert, weil der Freistaat die Umsetzung weiter verschleppt.“

SPD-Bildungssprecherin Sandra Radue betont die grundsätzliche Bedeutung des Startchancen-Programms: „Bildungspolitik nimmt zu selten die Kinder in den Blick, die besonders gefördert werden müssen. Das Startchancen-Programm aber tut genau das und stärkt Schulen mit Schüler*innen, denen ihr Elternhaus nicht so viel Förderung mitgeben kann und die daher besonders die Unterstützung der Schule brauchen. Es ist Ausdruck davon, dass kein Kind verloren gehen darf – nicht nur aus Gründen der Gerechtigkeit, sondern auch, weil wir für den weiteren wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes jedes Talent brauchen. Das Startchancen-Programm stärkt damit den Weg, den wir in Erlangen mit optimierter Lernförderung, Spiel- und Lernstuben, dem Ausbau der Jugendsozialarbeit an den Schulen und vielem mehr bereits gehen. Gerade deshalb darf die Umsetzung nicht am Eigenanteil und unklaren Förderbedingungen scheitern!“

Hintergrund:
Das Startchancen-Programm wurde von der Ampel-Bundesregierung

gemeinsam mit den Bundesländern aufgelegt, um Schulen mit Schüler*innen in schwierigen Situationen zu fördern. Die Schulen wurden dabei nach bundesweit vergleichbaren Vorgaben nach einem Kriterienkatalog ausgewählt, der sich an sozialen Indikatoren orientiert. In Erlangen sind sieben Schulen in das Programm aufgenommen worden: Mönaschule, Hermann-Hedenus-Grundschule, Grundschule Büchenbach, Pestalozzischule, Otfried-Preußler-Schule, Hermann-Hedenus-Mittelschule sowie die Berufsschule. Organisatorisch erfolgt die Vergabe der Fördermittel über die Bundesländer.

Das Förderprogramm besteht aus drei Säulen: Säule I für Investitionen in eine zeitgemäße und förderliche Lernumgebung, Säule II als „Chancenbudget“ für Unterrichtsentwicklung und Säule III für Personal zur Stärkung multiprofessioneller Teams. Während über die Verwendung der Mittel in Säule II und III (je Säule ca. 80.000 Euro pro Jahr über jeweils 10 Jahre) die Schulen entscheiden und selbst mit dem Land abrechnen, sind bei der Säule I die Kommunen als Sachaufwandsträger für die Planung, Beantragung, Durchführung und Abwicklung der Maßnahmen verantwortlich. Mehr zum Programm gibt es auf der Seite des Bundes.

SPD THEMATISIERT BAUSTELLENSITUATION IN DER NÜRNBERGER STRASSE

In der nördlichen Nürnberger Straße zwischen Rathausplatz und Henkestraße kommt es aufgrund der Absperrungen für zwei Baustellen nach Beobachtung der SPD-Fraktion immer wieder zu kritischen Situationen zwischen Radfahrer*innen und Fußgänger*innen. Da Fußgängerflächen eingeschränkt sind, weichen Fußgänger*innen häufig auf die Fahrbahn aus.

„Gerade für Familien mit Kindern, ältere Menschen oder mobilitätseingeschränkte Personen ist die Situation derzeit schwierig und teilweise unübersichtlich“, erklärt

Philipp Dees, Sprecher für Stadtentwicklung und Bauwesen. Gleichzeitig werde auch der Radverkehr beeinträchtigt, da mit der Nürnberger Straße eine wichtige Nord-Süd-Verbindung betroffen ist.

Aus Sicht der SPD braucht es kurzfristige und pragmatische Maßnahmen, um die Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmenden zu verbessern. Denkbar seien beispielsweise klare und gut sichtbare Bodenmarkierungen oder zusätzliche Hinweisschilder. Ziel müsse es sein, Konflikte zu vermeiden und sowohl Fuß- als auch Radverkehr verlässlich zu führen.

Die SPD-Fraktion hat daher einen Antrag eingebracht: Die Verwaltung soll über die aktuelle Verkehrssituation berichten und konkrete Lösungsmöglichkeiten aufzeigen. „Baustellen gehören zur Weiterentwicklung unserer Stadt dazu. Umso wichtiger ist es, dass wir währenddessen sichere und klare Verkehrsführungen gewährleisten“, so Philipp Dees abschließend.

GLEICHSTELLUNG STÄRKEN: MEHR RAUM FÜR KINDER IM ÖFFENTLICHEN RAUM SCHAFFEN

Die Teilhabe von Eltern mit kleinen Kindern – insbesondere von Müttern – am öffentlichen Leben hängt maßgeblich davon ab, ob sie bei Besuchen von Cafés, Restaurants oder städtischen Einrichtungen geeignete Angebote für ihre Kinder vorfinden. „Spielecken oder Wickelmöglichkeiten sind dabei keine bloßen Zusatzangebote, sondern eine wichtige Voraussetzung für eine selbstverständliche und gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe.“, so Barbara Pfister, Sprecherin für Gleichstellung.

In Erlangen ist jedoch zu beobachten, dass immer weniger Cafés und Restaurants entsprechend ausgestattete Bereiche für Kinder anbieten. Diese Entwicklung erschwert es Familien zunehmend, am öffentlichen Leben teilzunehmen und alltägliche Besorgungen oder Treffen außer Haus unkompliziert zu gestalten.

Deshalb hat die SPD-Fraktion beantragt, dass Oberbürgermeister und Verwaltung das Thema in Gesprächen mit Vertreter*innen der Erlanger Gastronomiebetriebe ansprechen und gemeinsam beraten wird, wie sich die Situation für Familien verbessern lässt.

Im Bereich der städtischen Einrichtungen und Gebäude kann die Stadt selbst mit vergleichsweise geringem Aufwand Verbesserungen zu erreichen. In vielen Einrichtungen gibt es bereits familienfreundliche Angebote, an die angeknüpft werden kann. Dieses Engagement gilt es auszubauen und systematisch weiterzuentwickeln.

Deshalb hat die SPD-Fraktion hier beantragt, dass im Gastronomiebereich des neuen KUBIC eine Spielecke eingerichtet werden. Auch in städtischen Ämtern mit größerem Publikumsverkehr sollen – sofern noch nicht vorhanden – entsprechende Angebote wie Spielecken oder Wickelmöglichkeiten geschaffen werden. Darüber hinaus soll die Verwaltung prüfen, ob in weiteren Einrichtungen der Stadt Handlungsbedarf besteht.

Mit diesen Maßnahmen soll Erlangen ein klares Zeichen für mehr Familienfreundlichkeit setzen und die Teilhabe von Eltern mit kleinen Kindern am öffentlichen Leben nachhaltig verbessern.

VOLLES HAUS BEIM ÖFFENTLICHEN AUFTAKT ZUM STADTENTWICKLUNGSKONZEPT

Zahlreiche Bürger*innen kamen ins ZAM, um dort in die Diskussion darüber einzusteigen, wie sich Erlangen in den kommenden Jahrzehnten entwickeln soll.

Oberbürgermeister Florian Janik, Planungsreferent Harald Lang und Vertreter*innen des für den Prozess beauftragten Planungsbüros machten deutlich, welche Entwicklungen Erlangens Zukunft bestimmen: Die Milliardeninvestitionen, die von privaten Unternehmen und öffent-

licher Hand in die Stadt fließen. Die Herausforderung, sich erfolgreich entwickelnden Unternehmen Platz in der Stadt zu geben. Die Aufgabe, bezahlbares Wohnen für alle zu schaffen und dies auch für die vielen unterschiedlichen Bedürfnisse wie Familienwohnen, altersgerechte oder barrierefreie Wohnungen. Die Anforderungen, den Folgen des Klimawandels in Erlangen entgegenzutreten. Das Sichern von Mobilität für alle, gerade auch umweltfreundlicher. Die Veränderungen in der Innenstadt durch Wandel bei Handel, Gastronomie und Gewerbe. Und vieles mehr. „Aus Sicht der SPD muss es bei der Weiterentwicklung der Stadt auch darum gehen, die besonderen Bedürfnisse von Frauen, älteren Menschen und Kindern und Jugendlichen sowie den Aspekt der Barrierefreiheit von Anfang an mitzuberücksichtigen.“, so gleichstellungspolitische Sprecherin, Barbara Pfister.

All diese Entwicklungen, die zum Teil auch im Konflikt zueinander stehen, sollen für das Stadtentwicklungskonzept in einer breiten Bürgerbeteiligung, aber auch mit konkret betroffenen Gruppen – wie Gewerbetreibenden und Unternehmen, Universität, Bewohner*innen von Stadtteilen, in denen besondere Veränderungen anstehen, Vertreter*innen von Bürgerinitiativen, Vereinen und Institutionen – diskutiert und nach gemeinsamen Lösungen gesucht werden. Das daraus entstehende Stadtentwicklungskonzept

soll dann die Grundlage für konkrete Planungsprozesse in der Stadt sein.

„Der Auftakt hat gezeigt: Die Erlanger*innen haben Lust, über die Zukunft ihrer Stadt zu diskutieren“, kommentiert SPD-Planungssprecher Philipp Dees: „Es ist die genau richtige Entscheidung des Oberbürgermeisters, das Stadtentwicklungskonzept nicht in irgendwelchen Expertenzirkeln zu diskutieren, sondern in einem breiten Beteiligungsprozess anzugehen. Denn wie schon bei Verkehrsentwicklungsplanung, Planung der StUB oder des Stadtteilhauses Büchenbach gilt auch hier: Die Ideen, die die Erlanger*innen beitragen, können auch zu besseren Lösungen führen, als sie Expert*innen zunächst auf dem Schirm hatten. Und gerade wenn es um die zukünftige Entwicklung unserer Stadt geht, dann führt eine breite Diskussion, in die sich alle einbringen können, auch zu mehr Akzeptanz der dann gemeinsam zu treffenden Entscheidungen. Deshalb gehen wir auch hier konsequent den Weg, Erlangen im Dialog zu gestalten.“

MEHR AUFENTHALTSQUALITÄT FÜR DIE BÜCHENBACHER ANLAGE – SITZGELEGENHEITEN ZEITNAH SCHAFFEN

Bürger*innen haben sich mit dem Anliegen an die SPD-Fraktion gewandt, in der Büchenbacher Anlage, besonders im zentralen Bereich um

das Nahversorgungszentrum, Sitzgelegenheiten zu schaffen. Gerade für ältere Menschen, Familien mit Kindern oder Personen mit eingeschränkter Mobilität sind Sitzgelegenheiten ein wichtiger Bestandteil eines lebendigen und barrierearmen öffentlichen Raums.

Zwar bieten die vorhandenen Betonsteine an den Baumscheiben grundsätzlich eine Möglichkeit zum Verweilen. In ihrer jetzigen „blanken“ Form sind sie jedoch bei Hitze wie bei Kälte kaum nutzbar. Damit bleibt ein zentraler Treffpunkt im Stadtteil hinter seinen Möglichkeiten zurück.

Die geplante Entwicklung des Freiraumkonzepts „Neue Mitte Büchenbach-Nord“ ist aufgrund der angespannten Haushaltslage und offener Fragen bei den angrenzenden Hochbauprojekten derzeit aufgeschoben. Doch Aufenthaltsqualität und soziale Teilhabe dürfen nicht auf unbestimmte Zeit vertagt werden. Der Stadtteil braucht schon jetzt Orte, die Begegnung ermöglichen und zum Verweilen einladen. Deshalb schlägt die SPD-Fraktion eine pragmatische, kurzfristig umsetzbare Lösung vor: Auf den bestehenden Betonsteinen sollen Sitzauflagen nach dem Vorbild der Sitzgelegenheiten in der nördlichen Nürnberger Straße angebracht werden. Die Umsetzung kann mit geringem Aufwand in Eigenleistung durch den EB77 erfolgen. Damit wird die Aufenthaltsqualität gestärkt und ein Ort für Begegnung und Austausch im Stadtteil geschaffen.

OFFEN AUS TRADITION - WIE MIGRATION UNSERE GESELLSCHAFT BEREICHERT – ZUR EHRUNGSVERANSTALTUNG FÜR JOSÉ LUIS ORTEGA LLERAS

Unter dem Motto „Offen aus Tradition - Wie Migration unsere Gesellschaft bereichert“ hat die Erlanger SPD am 24. Januar 2026 zu einer Veranstaltung zu Ehren von José Luis Ortega Lleras eingeladen, der im Herbst seinen 70. Geburtstag



Volles Haus im ZAM beim öffentlichen Auftakt zum Stadtentwicklungskonzept. Foto: Simeon Johnke

feiern konnte. Zahlreiche Gäste, darunter auch Mitglieder des Erlanger Ausländer- und Integrationsbeirats, gratulierten dem SPD-Stadtrat.

Oberbürgermeister Dr. Florian Janik hob in seiner Laudatio die enormen Verdienste Ortegas für Integration, Toleranz, den Austausch zwischen den Religionen, gegen Diskriminierung, Rassismus und Rechtsextremismus hervor und bescheinigte dem langjährigen AIB-Vorsitzenden und Stadtrat, dass er als „Brückenbauer“ Erlangen bei der Umsetzung des Leitspruchs „Offen aus Tradition“ deutlich vorangebracht hat und zugleich „eines der Gesichter einer toleranten Stadtgesellschaft“ ist.

Mitra Sharifi, Vorsitzende von AGABY (Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migranten und Integrationsbeiräte Bayerns) und seit Jahrzehnten Wegbegleiterin von José Luis Ortega Lleras, zeigte in ihrer Rede auf, wie fest die kulturelle, soziale und wirtschaftliche Entwicklung von Gesellschaften, gerade auch in Deutschland, mit Migration verknüpft war und ist, wie die Sichtweisen von Migrant*innen neue Impulse vermitteln und zur Lösung auch von aktuellen Problemen wie dem demographischen Wandel beitragen können.



Jubilär José Luis Ortega Lleras mit Mitra Sharifi, Vorsitzende von AGABY (Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migranten und Integrationsbeiräte Bayerns).
Foto: Sana Al-Maskari

In der anschließenden Diskussion, die von SPD-Stadtratskandidatin und AIB-Mitglied Sana Al-Maskari moderiert wurde, ging es unter anderem um die Frage, wie die Teilhabe von Migrant*innen in verschiedenen Bereichen der Gesellschaft verbessert werden kann. Sharifi lobte die Erlanger SPD für den hohen Anteil von Menschen mit Migrationsgeschichte in der aktuellen Stadtratsfraktion und auf der Liste für die kommenden Stadtratswahlen, forderte aber auch, weitere Anstrengungen zu unternehmen, um Migrant*innen zu zeigen, dass sie

überall dazugehören und willkommen sind.

Gemeinsam mit José Luis Ortega Lleras betonte sie unter Verweis auf besorgniserregende aktuelle Entwicklungen wie im Iran oder den USA, wie wichtig es ist, gerade auch aus der Erfahrung vieler Migrant*innen mit undemokratischen Systemen in ihren Heimatländern, sich gemeinsam mit allen Menschen in Deutschland für die Verteidigung der demokratischen Grundrechte einzusetzen.

FRAKTIONSSITZUNGEN DER SPD-STADTRATSFRAKTION

VON KATJA RABOLD-KNITTER

Liebe Genoss:innen,

zu dem Ehrenamt als Stadtrat gehört auch die Teilnahme an den wöchentlichen Fraktionssitzungen. In diesen besprechen wir Antragsideen, beraten über anstehende Ausschüsse und berichten von Gesprächen mit Bürger:innen, Vereinen, Unternehmen, etc. Diese Sitzungen sind parteiöffentlich (mit Ausnahmen, wie z.B. Personalangelegenheiten der Stadt). Wir laden euch herzlich dazu ein, an diesen teilzunehmen. So könnt ihr einen Einblick gewinnen, wie wir als Fraktion arbeiten, welche Themen aktuell sind oder z.B. vorbereitet werden.



SPD-Fraktion im Erlanger Stadtrat

Nachstehend die Termine:
02.03. 19:00 Konferenzraum im 14. OG
09.03. 19:30 Konferenzraum im 14. OG
16.03. 19:00 Konferenzraum im 14. OG
23.03. 18:00 reguläre Sitzung im 14. OG
23.03. 20:00 Konstituierung im 14. OG

Bitte meldet euch vorab bei Katja Rabold-Knitter im Fraktionsbüro

(spd.fraktion@stadt.erlangen.de/09131/862225), wenn ihr an einer Sitzung teilnehmen möchtet.

Bitte gebt dabei gleich an, wenn ihr ein Thema habt, das ihr gerne besprechen möchtet. Dann kann dies in der Tagesordnung berücksichtigt werden.

BERICHT AUS BERLIN

VON GABRIELA HEINRICH

Liebe Genossinnen und Genossen,

der März startet wie jedes Jahr feministisch mit dem 8. März und somit dem Internationalen Frauentag. Mit ihm machen Frauen und auch Männer weltweit darauf aufmerksam, dass Frauen nach wie vor benachteiligt werden. Auch in Deutschland und anderen stabilen Demokratien sind Frauen strukturell benachteiligt: Sie verdienen weniger als Männer im gleichen Job, sie leisten mehr unbezahlte Care-Arbeit, bleiben oft in der Teilzeitfalle stecken, erleben häufiger Altersarmut und sind politisch unterrepräsentiert. Außer in Elternbeiräten und als Klassenelternsprecherinnen. Dort sind Männer unterrepräsentiert. Und jede dritte Frau erleidet im Laufe ihres Lebens körperliche oder sexualisierte Gewalt.

Weltweit aber sind Frauen und Mädchen noch viel tiefgreifender benachteiligt. Nur jeder vierte Parlamentssitz weltweit ist von einer Frau besetzt. 130 Millionen Mädchen weltweit wird das Recht auf Bildung verwehrt. Und damit auch das Recht auf gute Berufschancen und auf ein gutes Einkommen. 43 Prozent der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte weltweit sind Frauen, doch weniger als 15 Prozent der Landbesitzenden sind Frauen. Krisen und Kriege zementieren bestehende Ungleichheiten. Sexualisierte Gewalt wird häufig als Kriegswaffe eingesetzt – und betrifft vor allem Frauen und Mädchen. 60 Prozent der vermeidbaren Müttersterblichkeit ereignet sich in humanitären Krisenregionen. Und: Armut und Hunger verschärfen Diskriminierung, denn Frauen haben häufig prekäre Jobs, und diese fallen in Krisenzeiten als erstes weg.

Um auf diese Probleme aufmerksam zu machen, hatte der SPD Unterbezirk Erlangen am 1. März ins E-Werk geladen. Und ich habe mit Dr. Bärbel Kofler über Frauenrechte weltweit gesprochen. Seit 2021 ist Bärbel Kofler Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusam-



*Gabriela Heinrich (MdB), unsere Betreuungsabgeordnete in Berlin.
Foto: Photothek Media Lab*

menarbeit und Entwicklung. Zuvor war sie Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und humanitäre Hilfe. Bärbel Kofler ist weit gereist, hat viele Lebenssituationen von Frauen und Mädchen in der ganzen Welt gesehen, ist mit den Menschen vor Ort ins Gespräch gekommen und hat die Sorgen und Nöte kennengelernt. Und sie hat sich mit feministischer Entwicklungspolitik beschäftigt und diese umgesetzt. Unsere Entwicklungsprojekte beziehen mittlerweile auch ausdrücklich – schon in der Planung – Interessen und Bedürfnisse von Frauen ein. Da Frauen die Hälfte der Gesellschaft stellen, halte ich das für keine schlechte Idee! Feministische Entwicklungspolitik ist aber mehr als Politik von Frauen für Frauen: Sie zielt auf die ganze Gesellschaft und berücksichtigt unterschiedliche Bedürfnisse, auch zum Beispiel von Menschen mit Behinderung. Die Rolle von Frauen muss aber nicht nur in der Entwicklungspolitik gestärkt werden. So ruft etwa die Resolution 1325 auch zur Beteiligung von Frauen in Friedensverhandlungen auf. Das ist nicht irgendein „Genderquatsch“: Die Ergebnisse von Friedensprozessen, an denen Frauen beteiligt sind, halten nachweislich länger!

Friedlicher kann es im Übrigen auch in Deutschland werden. Unlängst haben das Familienministerium, das Innenministerium und das Bundeskriminalamt die Dunkelfeldstudie „Lebenssituation, Sicherheit und

Belastung im Alltag“ veröffentlicht. Untersucht wurde, wie viele Menschen bereits Gewalterfahrungen gemacht haben. Die Studie ist die erste geschlechterübergreifende und repräsentative Studie zu Gewalt gegen Frauen und Männer innerhalb und außerhalb von Partnerschaften. Und die Ergebnisse sind erschreckend: Jede sechste Person hat bereits Gewalt erlebt. Doch 19 von 20 Taten werden nicht zur Anzeige gebracht. Dabei sind Frauen meist häufiger und stärker von häuslicher oder geschlechtsspezifischer Gewalt betroffen als Männer, insbesondere bei sexuellen Übergriffen, sexueller Belästigung und Stalking.

Das Leben als Frau unterscheidet sich also auch in Deutschland noch von dem als Mann. Und das nicht, weil es besser ist. Es wird Zeit, dass sich das ändert. Jede einzelne Frau, die in ein Parlament gewählt wird, macht den Unterschied. Jedes Mädchen, das darin bestärkt wird, Führungskraft zu werden, verändert unsere Realität. Und jeder Mann, der Gleichberechtigung lebt, Strukturen hinterfragt und Frauen fördert, trägt dazu bei, dass Gleichberechtigung nicht nur eine Worthülse ist, sondern gelebte Realität werden kann. Ich habe viele inspirierende Menschen kennengelernt, die für Gleichberechtigung eintreten – Frauen wie Männer. Und ich bin beeindruckt und dankbar, dass viele Männer unser feministisches Anliegen unterstützen.

UNTERSTÜTZT DAS MITGLIEDERBEGEHREN

VON SANDRA RADUE, MUNIB AGHA
UND ANDREAS RICHTER

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir möchten Dich dazu aufrufen, das Mitgliederbegehren gegen die Kürzungen und Verschärfungen beim Bürgergeld zu unterschreiben. Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten beobachten wir mit Sorge, wie der politische Tonfall gegenüber sozial Benachteiligten rauer wird.

Die vorgesehenen Maßnahmen beim Bürgergeld – etwa der vollständige Leistungsentzug, der steigende Druck auf Eltern mit kleinen Kindern und das Zurückfahren von Qualifizierungsangeboten – zementieren Armut und bestrafen diejenigen, die eigentlich Unterstützung bräuchten. Die Folgen für Betroffene sind verheerend. Anstatt ihre Lebensumstände in Ruhe ordnen zu können, rennen sie von einem Termin zum nächsten, erledigen endlose Anträge und vergleichen stundenlang Preise in unterschiedlichen Läden, um das Nötigste bezahlen zu können.

Diese Totalsanktionen bis hin zum Verlust der Wohnung sind deutlich schlimmer als Hartz IV, widersprechen den Vereinbarungen des Koalitionsvertrags und sind recht sicher verfassungswidrig.

Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten können wir so etwas nicht unterstützen und lehnen es als SPD-Kreisverband Erlangen daher klar ab.

Die Verschärfungen im Bürgergeld würden Tür und Tor öffnen für die Abschaffung wichtiger Pfeiler unseres Sozialstaates – im Übrigen oft Errungenschaften unserer SPD.

Daher: Unterschreibe jetzt das Mitgliederbegehren gegen die Reform des Bürgergelds.

Hierzu musst Du Folgendes tun:

- Solltest Du bereits auf meine.spd.de registriert bist, gehe einfach auf den Link: mitgliederbegehren.spd.de

logge Dich ein und unterzeichne.

- Solltest Du noch nicht auf meine.spd.de registriert sein, musst Du Dich zuerst dort registrieren.

Dazu suchst Du Deine Mitgliedsnummer, gehst auf meine.spd.de und klickst auf „Noch keinen Account“. Dort gibst Du Deinen Namen, Mailadresse und Deine Mitgliedsnummer ein und klickst auf „registrieren“. Paar Sekunden später erhältst Du eine Mail mit einem Bestätigungslink. Diesen klickst Du an, damit bist Du bei meine.spd.de angemeldet und kannst unterzeichnen.

Auch wenn Du bereits bei der ersten Stufe des Mitgliederbegehrens unterschrieben haben solltest, musst Du es leider nun nochmals machen.

Weitere Informationen findest du auf der Internetseite des Mitgliederbegehrens:

<https://mitgliederbegehren.org/>

Wir können gemeinsam einen Unterschied machen. Deshalb sei dabei!

Mit solidarischen Grüßen

Schon gehört?

Deine Zufriedenheit zahlt sich aus!

Unsere Dankeschön-Prämie

Empfehl uns weiter und freu Dich über einen Erlanger City-Gutschein im Wert von

50 Euro¹ je geworbenen Girokonto-Neukunden.

¹ Teilnahmebedingungen und rechtliche Hinweise: Angebot freibleibend. Die Teilnahme ist nur möglich, wenn sowohl der werbende Bestandskunde als auch der Neukunde volljährig sind und den Teilnahmebedingungen durch Unterschrift auf der Teilnahmekarte zustimmen. Der Prämienanspruch entsteht, wenn der geworbene Neukunde innerhalb von drei Monaten nach Eingang der Teilnahmekarte einen rechtswirksamen Vertrag über ein classic GIRO oder direkt GIRO bei der Stadt- und Kreissparkasse Erlangen Höchststadt Herzogenaurach abschließt und zwei Monate in Folge ein monatlicher Geldeingang von mind. 500 Euro zu verzeichnen ist.



QR-Code scannen und
Teilnahmekarte ausfüllen!

sparkasse-erlangen.de/kwk

mehr als ein
K  **NTO**



DAS DAUERPROVISORIUM SIMULIRTER SOUVERÄNITÄT

VON MONIKA FATH-KELLING

Heute habe ich ein Frühlingssträußchen lustiger Abkürzungen mit weitreichenden Bedeutungen dabei: SACEUR, EUCOM, SHAPE, JFC's, AIRCOM, MARCOM, LANDCOM, MDTF. MSC.... vielleicht haben es schon einige erraten, es geht um die aktuelle Kommandostruktur der NATO. Der Aufbau dieser Struktur ist keine Kleinigkeit, bei der man „in gutem Glauben“ mal schnell das Denken den Pferden überlassen könnte, wegen der größeren Köpfe! Betrachten wir uns diese Struktur mal aus der Nähe.

DER KOPF DES GANZEN IST DER SACEUR.

So wird der Supreme Allied Commander Europe, also der Oberbefehlshaber der NATO in Europa genannt, der aus dem SHAPE, dem Supreme Headquarters Allied Powers Europe in Mons, Belgien sein Kommando führt. Er führt auch, ohne Unterbrechung, immer in Personalunion das EUCOM, das US European Command. Es ist ein bewusst gewähltes Doppelpamt. Als EUCOM-Chef erteilt er US-Befehle, als SACEUR setzt er „Beschlüsse der NAC, des North Atlantic Council“, um. Ein einziger 4-Sterne-General der US-Army hält somit die Fäden aller US-Streitkräfte in Europa und die der NATO-Truppen in seiner Hand. Diese Doppelfunktion, die er formal „nicht vermischen darf“, ist der Schlüssel seiner operativen Entscheidungsmacht in der Praxis. Zugleich aber die Möglichkeit in der Außendarstellung „Augenhöhe“ und Teilhabe der anderen NATO-Mitglieder zu kommunizieren. Dem SACEUR sind die JFC's, die Joint Force Commandos unterstellt, die er mit der Planung und operativen Umsetzung von militärischen Operationen betraut. Parallel dazu gibt es drei CC's, Component Commands, das sind dem SACEUR beigeordnete Commands. AIRCOM Ramstein (Deutschland), MARCOM Northwood (Großbritan-

nien) und LANDCOM Izmir (Türkei), Luft und Land sind unter US-Kommando, See unter britischem. Wenn also auf der Bühne der MSC von „mehr europäischer Verantwortung“ gesprochen wird, liegt die Kontrolle über die physische Kriegsführung der NATO sehr weitgehend in Händen der US-Army. Die JFC's führen formal eigenständig im Rahmen ihrer „eingeschränkten Möglichkeiten“, da sie keinen garantierten Zugriff auf strategische Logistik, Luftbetankung, elektronische Aufklärung etc. haben. Formal haben sie den, bei US-Präsident Trump wird jedoch sichtbar, was „formal“ zählt... Fazit: Es gibt einen Unterschied zwischen formaler Kommandogewalt und realer militärischer Abhängigkeit. Die NATO ist mit dem NAC, North Atlantic Council, rechtlich multilateral, aber technisch-strategisch asymmetrisch „aufgestellt“. (unter diesen Voraussetzungen macht plötzlich auch der Ankauf amerikanischer F-35-Bomber für die Bundeswehr so etwas wie „Sinn“).

PERFIDE ARBEITSTEILUNG

Als Territorialeigner bilden wir das militärische Primärziel des Gegners. Europa trägt damit das volle Risiko der Frontlinien, die USA steuern die Gesamtstrategie. Klartext: unsere eigenen Militärs dürfen die „Verwendung“ ihrer Mannschaften „selbstständig“ organisieren, aber die Kampfaktik und Strategie bleiben US-geführt. Das „Hirn“ bilden die USA, die „Drecksarbeit“ verrichten in „vertiefter funktionaler Abhängigkeit“ die europäischen Partner. So wie schon in den NATO-Manövern des Kalten Kriegs Rückzugsgefechte bis zum Rhein geprobt wurden, die mittels „taktischer Nukes“ (kleine Atombomben) das Land verheerten, um der damals Roten Armee den Vormarsch zu erschweren. Immer wenn diese Nukes im Manöver zum Einsatz kamen, sollen die deutschen Teilnehmer die Übungen abgebrochen, so kolportiert man. Als heldenhafte Geste des Widerstands gegen die eigene Vernichtung?

WER BEFIEHLT DAS FEUER

Das übernimmt die US-Einheit 56th Artillery Command im Verbund mit einer der fünf weltweit verteilten MDTF's, Multi Domain Task Force, also das Kommando über die dimensionsübergreifende Kriegsführung der US-Army. (beide sind kein Teil der NATO-Struktur!). Cyber Operationen und Langstreckenfeuer werden in dieser auf deutschem Territorium angesiedelten MDTF koordiniert, auch das nukleare Besteck, das letztlich natürlich nur dem „roten Knopf“ des US-Präsidenten gehorcht. Das beinhaltet das bilaterale Abkommen, das der damalige Kanzler Scholz verlegen grinsend aber ohne öffentliche Diskussion oder Bundestagsbeschluss in einer Presseerklärung von den Amerikanern mitteilen ließ. Kriegsmminister Pistorius bezeichnet es in euphemistischer Manier als „Brückenlösung“, real handelt es sich um ein bewusst geplantes Dauerprovisorium. Ein Musterbeispiel für simulierte Souveränität. Das ist kein US Monolithismus, aber eine glasklare strukturelle Dominanz.

ZURÜCK ZUR POLITIK UND ZUR MSC

„Die leuchtende Stadt auf dem Hügel“ versus „die Achse der Verachtenswerten“ nannte Matthew Whitacker auf der Münchner Sicherheitskonferenz seine Gretchenfrage: „Wollt ihr euch mit denen verbünden oder mit der Stadt auf dem Hügel? Ich denke die Option ist klar.“ Und „wir erwarten, dass ihr mehr tut und nicht unabhängig seid“. Das ist psychologisch sehr fein gesponnen, denn es impliziert, dass Europa gar nicht zur leuchtenden Stadt gehört, sondern sich ihr anschließen muss. Mr. Rubio hat unter stehendem Beifall der Europäer „spirituelle Verbundenheit“ gepredigt. Genau hier verläuft die Bruchkante von Hegemonie zu voller Dominanz! Mag ein Merz noch glauben, er säße mit den Mächtigen am Tisch, so ist

längst klar, dass diese Art von StratCom, strategischer Kommunikation, nur eine Vorstufe zur Unterwerfung ist. Neutralität darf es nicht mehr geben, nur Gläubige und Verachtenswerte. Unsere Vorbeter sagen wir wollen alle „nötigenfalls“ lieber für die lichte Weltsicht der USA in den Krieg ziehen, als unser kleines Leben als Verachtenswerte zu leben. Genau das lebt uns die freie, demokratische und voll souveräne Ukraine gerade beispielgebend vor. Nur, uns will niemand mehr finanziell und militärisch aushelfen wenn es eng wird. Das beschreibt die neue nationale Verteidigungsstrategie der USA rundheraus.

Aber Achtung! Am Endsieg über die Verachtenswerten zu zweifeln, könnte als Verrat an der leuchtenden Stadt auf dem Hügel gedeutet werden. Und das „kostet“ unter Umständen einen unerwartet hohen Preis!

Vor allem dem zivilen „Bodenpersonal“ -auf allen Seiten- die nackten, kleinen, wertvollen Leben. Öffentliche Gedenkminuten für all die kriegsbedingten Opfer jeglicher Seite vor jeder NATO- Außenminister-, Regierendensitzung oder diplomatischen „Konferenz“ sollten politische Pflicht werden. Vielleicht dämpft dieses „ceterum censeo“ an die millionenfach Getöteten ja die derzeitige Kriegsfixierung der Politik.

KURZFASSUNG: NATO STRUKTUR UND REALE ABHÄNGIGKEITEN

Die NATO ist formal eine Allianz gleichberechtigter Staaten. Entscheidungen über Einsätze werden einstimmig im Nordatlantikrat getroffen, und kein Staat – auch nicht die USA – kann anderen Mitgliedern militärische Befehle erteilen. Doch die operative Realität sieht

anders aus: Die USA stellen fast alle strategischen Fähigkeiten, ohne die moderne Kriegsführung kaum möglich ist – Satellitenaufklärung, Luftbetankung, strategischen Transport, Cyber-Offensivmittel, Raketenabwehr.

Der SACEUR, der militärische Oberbefehlshaber der NATO Operationen, ist traditionell ein US General und gleichzeitig Kommandeur des US European Command. Diese Doppelrolle verleiht den USA erheblichen Einfluss, auch wenn die formale Entscheidungsgewalt bei allen Mitgliedstaaten liegt.

Europa bleibt damit in einer paradoxen Lage: souverän auf dem Papier, aber militärisch abhängig. Die NATO ist rechtlich multilateral, aber technisch-strategisch asymmetrisch. Das ist kein US Monolithismus, aber eine strukturelle Dominanz, die Europa seit Jahrzehnten selbst mit herbeigeführt hat.

FÜR EIN VERBOT DER AfD

VON GERHARD CARL

Die rechtsextreme AfD schürt Hass und bereitet den Nährboden für Gewalt. Sie ist eine Gefahr für unsere Demokratie – deshalb muss diese Partei verboten werden. Vom Bundesamt für Verfassungsschutz wurde die AfD im Mai 2025 als gesichert rechtsextrem eingestuft.

Unsere Verfassung schützt die Demokratie – nicht ihre Feinde!

Es ist höchste Zeit für konkrete Schritte zur Vorbereitung eines Verbotsverfahrens.

Im Bundestag wurde bereits ein Gruppenantrag zur Prüfung eines Verbotsverfahrens diskutiert. Jetzt sind alle demokratischen Parteien aufgefordert, das Verbotsverfahren einzuleiten. Nicht nur diskutieren – sondern Handeln ist jetzt gefragt.

Ein Parteiverbot kann nur durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen werden. Antragsberechtigt sind der Bundestag, der Bundesrat oder die Bundesregierung. Für ein Verbot muss nachgewiesen werden, dass die Partei eine „aktiv kämpferische, aggressive Haltung“ zur Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

Die Erkenntnisse des Bundesamtes für Verfassungsschutz dienen als Grundlage für ein potenzielles Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht.

Die Hochstufung basiert auf einem über 1.000-seitigen Gutachten, das folgende Punkte als verfassungsfeindlich identifiziert:

- Verstoß gegen die Menschenwürde: Die Partei vertritt einen ethnischen Volksbegriff, der Menschen mit Migrationshintergrund als „Deutsche zweiter Klasse“ diskriminiert.

- Antidemokratische Tendenzen: Das Bundesamt für Verfassungsschutz sieht Bestrebungen gegen das Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip.
- Rassismus und Ausgrenzung: Es wurden systematische fremdenfeindliche und muslimfeindliche Äußerungen dokumentiert.

Parallel zum Verbotsverfahren kann über einen Ausschluss der AfD von der staatlichen Parteifinanzierung im Bundestag entschieden werden. Dies ist eine niedrigere Hürde als ein Komplettverbot, entzieht der Partei jedoch wichtige finanzielle Ressourcen, wie es bereits bei der Partei „Die Heimat“ (ehemals NPD) angewandt wurde.

DISTRIKT TENNENLOHE

Vorsitzender

Rolf Schowalter
RolfSchowalter@t-online.de

Protokoll der Distriktssitzung vom 11.02.2026 im Distrikt Tennenlohe

TOP 1: Rückblicke

Der bisherige Tür-zu-Tür verläuft nahezu geräuschlos und zur Sitzung konnten bereits große Teile Tennenlohes abgedeckt werden. Unser Ziel bleibt es, bis zum Ende des Wahlkampfes jeden Tennenloher Haushalt zu besuchen.

Den Ortsrundgang mit Florian finden alle Anwesenden gelungen. Insbesondere die Station am Kindergarten war wichtig. Aufgrund des kurz zuvor beschlossenen Haushalts kann das Kinderland Arche saniert werden. Der einzige Kritikpunkt war die Ansetzung um 15 Uhr, da mit Sicherheit Leute aufgrund ihrer Arbeit nicht zum Ortsrundgang kommen konnten.

Ebenfalls fand der Neujahrsempfang des OBR in der vorherigen Woche statt. Der Vortrag des Fraunhofer Instituts ließ im Vergleich zu den Vorjahren zu wünschen übrig.

TOP 2: Aktuelles

Aufgrund der momentanen Verhandlungen im Ukrainekrieg diskutieren wir darüber, wie eine mögliche Waffenruhe aussehen könnte. Nach momentanen Stand steht die Frage im Raum, wie weit Selenskyj bereit wäre, Gebiete zu opfern. Falls es nicht zu einem Waffenstillstand kommen sollte, wird der Krieg wahrscheinlich entweder durch den Zusammenbruch von Russlands

Wirtschaft oder den Mangel an ukrainischen Soldaten zwangsweise beendet werden. Wir hoffen, dass schnellstmöglich ein beständiger Frieden geschaffen werden kann.

Wir kommen auf die USA und die anstehenden Midterms zu sprechen. Es bleibt abzuwarten, ob die Wahlen überhaupt noch frei und unabhängig durchgeführt oder von ICE-Beamten begleitet werden. Trump wird alles dafür tun, angesichts der Ergebnisse der letzten zwei Sonderwahlen, die Midterms abzusagen bzw. sie zu seinen Gunsten zu manipulieren..

Angesichts der Geschehnisse in den USA ist unsere zentrale Frage: Wann wacht Europa auf und steht auf eigenen Beinen? Wir haben wenig Hoffnung, dass die aktuelle Regierung diese Frage beantworten wird.

TOP 3: Tennenloher Bote

Neben der Tür-zu-Tür-Abdeckung planen wir eine Sonderausgabe des Tennenloher Boten zur Wahl. Darin sollen Artikel zu Wahlverfahren, Kandidaten aus Tennenlohe und dem Haushalt enthalten sein.

Die nächste reguläre Ausgabe soll im April erscheinen. Neben einem Rückblick zur Kommunalwahl und einem Artikel zur Grundschule und dem Preis zur Leseförderung möchte Klaus ein Interview mit einer ehemaligen Angestellten des Flüchtlingshilfswerk führen.

Felix Schmeißer

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir laden herzlich ein zu unserer nächsten Distriktssitzung am

**Mittwoch, den 18.03.2025,
um 19:30 Uhr,
Zum Schloss, Schlossgasse 7**

Tagesordnung (vorläufig):

1. Auswertung der Ergebnisse der Kommunalwahl
2. Rückblick auf den Wahlkampf

3. Vorschau auf die Stichwahl
4. Die neuen Entwicklungen weltweit
5. Verschiedenes

Für den Vorstand
Rolf Schowalter

Weitere Termine:

- Distriktversammlungen:
22.04.2026 und 13.05.2026
jeweils 19.30 Uhr;
Ort: Gasthaus „Zum Schloss“

Vorsitzende

Katrin Hurle
katrin9290@googlemail.com

Felizitas Traub-Eichhorn
Felizitas.Traub-Eichhorn@fen-net.de

Treffen des Distrikt West am Mittwoch, den 21.01.26

Zu unserer letzten Distriktsitzung vor der Kommunalwahl hatten wir Dr. Andreas Richter, den umweltpolitischen Sprecher der SPD-Stadtratsfraktion, eingeladen. Er gab einen Rückblick auf die letzten sechs Jahre: Als 1. bayrische Stadt rief Erlangen im Mai 2019 den Klimanotstand aus und beschloss nachfolgend 41 Maßnahmen, die in einem Bürgerrat erarbeitet worden waren. Von diesen wurden schwerpunktmäßig 14 bearbeitet, so z.B. die serielle Sanierung von Gebäuden durch die GEWOBAU oder die kommunale Wärmeplanung, die in einem online-Vortrag am 2.2.26 der Öffentlichkeit vorgestellt wird.

Weitere Maßnahmen im Klimafahrplan sind:

- Festlegung von CO2-Budgets für städtische Gebäude
- solare Baupflicht
- Ausweitung der Energieberatung: gehen auch zu Stadtteilbeiratssitzungen
- Errichtung von Freiflächenphotovoltaikanlagen in Unterfranken: Beteiligung über ESTW
- Windpark in Hüttendorf
- Naturschutz und Grün in der Stadt: Pestizidverbot auf städtischen Grünflächen
- Herausnahme des südlichen Teils der Wöhrmühlinsel aus der Bewirtschaftung, Ziel der Renaturierung
- Verbot von Schottergärten: wurde von der Staatsregierung wieder aufgehoben!
- Ausweitung des Naturwaldreservats in der Brucker Lache
- Erlangen als Bio-Modellstadt: wichtig bei Ausschreibungen von Kantinen für öffentliche Einrichtungen
- Leitlinien für nachhaltige Beschaffung
- Recyclingbaustoffe im Einsatz
- Fuhrparkumstellung auf Elektrofahrzeuge

Auch wenn das 1,5°-Ziel weltweit gekappt ist, muss auf lokaler Ebene alles getan werden, um die Erderwärmung zu begrenzen. Dazu muss auch Gas ersetzt werden durch regenerativ erzeugten Strom: möglich kann dies werden durch Einsatz von Großwärmepumpen an der Thalmühle und der Nutzung von Abwärme des geplanten Hochleistungsrechenzentrums der Uni. Bis 2040 soll die technische Umstellung auf regenerative Stromerzeugung bewerkstelligt sein.

Aus den Reihen der Distriktsmitglieder wird die Verpackungssteuer nach Tübinger Modell angesprochen, die die Fraktion auch für Erlangen beantragt hatte. Dieser wurde in der Zwischenzeit durch Landtagsbeschluss ein Riegel vorgeschoben. Die Entsorgung von Elektroschrott hat sich durch den Betrieb der Abgabestation an der Müllumlade zwar verbessert, doch braucht es mehr Platz. Laut Aussage von Andreas Richter werde ein neues Gelände für den Recyclinghof gesucht. Bei der Beseitigung von Sperrmüll wäre eine bessere Kooperation mit dem Sozialkaufhaus angesagt, damit vorsondiert wird, welche Teile noch brauchbar sind.

Zum Ende der Sitzung gibt Philipp Dees, unser Fraktionsvorsitzender, bekannt, dass es aller Voraussicht nach eine Mehrheit für die Verabschiedung des städtischen Haushalts gebe.

Mit einem Hinweis auf die vor uns liegenden Wahlkampfaktivitäten schließt die Sitzung.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Unsere nächste Distriktssitzung findet statt am

**Mittwoch, den 25.03.2026,
um 20:00 Uhr im
AWO-Stadtteilcafé 56nord
(Büchenbacher Anlage 27a)**

Thema ist dieses Mal die Nachbetrachtung der Kommunalwahl.

Solidarische Grüße,
Katrin Hurler

DISTRIKT OST

Vorsitzender

Felix Klingert
felix.klingert@gmail.com

Liebe Genossinnen und Genossen,

vielen Dank für euer tolles Engagement im Wahlkampf! Hiermit möchten wir Euch zu unserer Distriktssitzung einladen am

**Dienstag, den 31.03.2026,
um 19:00 Uhr, im Brücken-
paulus (Pizzeria Romano,
Schronfeld 74) .**

In der Sitzung wird insbesondere der Ausgang der Kommunalwahl besprochen.

Drücken wir unseren Kandidat:innen die Daumen für ein gutes Ergebnis.

Bis dahin gilt es im Wahlkampf noch einmal alles zu geben, damit der alte und neue Bürgermeister Florian Janik heißt.

Bitte meldet euch bei Fragen oder anderweitigen Anliegen per Mail: felix.klingert@gmail.com.

Solidarische Grüße,
Sandra, Simon und Felix.

DISTRIKT INNENSTADT

Vorsitzende

Sana Al-Maskari
sana.almaskari95@gmail.com

Clemens Heydenreich
clemens.heydenreich@web.de

Liebe Genossinnen und Genossen,

Wir laden herzlich ein zu unserer März-Sitzung am

**Mittwoch, den 11.03.2026,
um 20:00 Uhr, im „Café
Rot“, Hauptstr. 56.**

Die Wahl des Stadtrats und die erste Runde der OB-Wahl werden dann drei Tage zurückliegen. Wir werden die Ergebnisse Revue passieren lassen, natürlich speziell mit Blick auf unsere Innenstadt und deren künftige

ge Repräsentation im Stadtrat, und uns für die noch folgenden elf Tage des Stichwahlkampfes absprechen.

Wir freuen uns auf euch!

Solidarische Grüße,

Clemens Heydenreich &
Sana Al-Maskari

Vorsitzende

Monika Fath-Kelling
Telefon: 09131 897065
kellingmo@nefkom.net

Wir beginnen unser Treffen mit einem einstimmigen Beschluss:

Unsere nächste Sitzung, am 11. März 2026, soll ebenfalls im Café Rot stattfinden.

Dieter Kielhorn beginnt unsere aktuelle Runde mit persönlichen Erfahrungen: Fall eins schildert seine Begegnung mit drastischer Altersdiskriminierung durch die Deutsche Bank. (Seine Sachbearbeiterin erzählte ihm „zum Trost“ in diesem Zusammenhang von real „weinenden Kunden“ am Schalter). Wir möchten uns, da es sich um ein systemisches Problem handelt, damit an den Bundesvorsitzenden der AG 60+ Lothar Binding wenden, sowie unsere SPD-Betreuungs-Abgeordnete im Bundestag, Gabriela Heinrich CC setzen. Fall 2 war eine Veranstaltung am Fraunhoferinstitut, auf der auch ein Vertreter von Verdi gesprochen hat. Bewusst ausschließlich um die „Perspektive ihrer aktuell Beschäftigten“ bemüht, nicht um aus welchen Gründen immer Ausgeschiedene aus dem Erwerbsleben. Das führt zur Frage, wer denn die Belange der 20 Millionen Rentner*innen „offiziell politisch vertritt“. Gibt es etwas wie einen Rentnerbund, analog dem Beamtenbund? Ist der VdK zuständig?? Fazit: die Partei SPD sollte deutlich mehr AUCH die Belange der Rentner*innen (als der ehemaligen Arbeitnehmer*innen) betonen, denn Beamte oder in Berufsversorgungswerken (Ärzte, Juristen, ...) organisierte Ruheständler haben eine im Vergleich überproportionale Lobby.

Winfried führt zum Abschluss dieser Punkte Erlangens Umgang mit analogen Bürgerdiensten als praktisches positives Beispiel an.

Weitere Punkte waren: die Neuauflage der STUB-Diskussion, ein bewährtes Massenverkehrsmittel durch individuellen Verkehr ersetzen zu wollen... wie „bescheuert“ muss man sein war unser Fazit.

Thema Bildung, am künstlichen Aufreger der Diskussion um das Lehren der Division in der Grundschule.

Leicht zynisch war unser Fazit, die Funktion der Schule immer noch als beliebtes Werkzeug zum Erhalt der Klassengesellschaft zu betrachten. (leider wieder in weiter steigendem Maß) Angeblich kann man mit Bildung keine Wahlen gewinnen? Wir MÜSSEN mit Bildung Wahlen gewinnen, sonst gibt es bald keine Wahlen im ursprünglichen Sinne mehr!

Gerd berichtet von seinen sehr positiven Eindrücken aus dem Tür-zu-Tür-Gesprächen, nur einmal sei er von einem aufgebrachten Mitbürger lautstark das Verlassen des Mehrfamilienhauses beschieden worden: Hier brauchen wir sie nicht!

Frauenrechte im Iran, Entwicklungshilfe oder eher „vom Regen in die Traufe und wieder zurück“

Dazu gab es gute Beiträge, zusammenfassend: Wir wissen, auch der meinungsmachenden Presse sei Dank, viel zu wenig und zu einseitig über dieses Land Bescheid.

Haupt-Tagesordnungspunkt war ein Referat von Monika zum Operationsplan Deutschland. Wer möchte, kann gern ein Skript davon bekommen oder es live für andere Stadtteil-Sitzungen als Diskussionspunkt nachfragen. Bei 60+ bekleideten Dieter Rossmeißl und Gerd Büttner die „nackten Fakten“ mit persönlichen Anmerkungen, beide waren in ihren jüngeren Jahren bei Übungen ähnlicher Art aktiv dabei.

Protokoll: Monika

Absender:
SPD-KV Erlangen
Friedrich-List-Str. 5 - 91054 Erlangen

Bei Umzug, mit neuer Anschrift zurück.

ETIKETT
FÜR EMPFÄNGER*IN

IMPRESSIONEN VOM BRUCKER FASCHINGSUMZUG MIT UNSEREM MOTTO „WILLST DU MIT UNS GEHEN“

